

Fürther Kleeblatt

Zeitung der DKP

Oktober 90

Nr. 6

Wohnungsnot

Die Suche war vergeblich. Keine der im Anzeigenteil der "Fürther Nachrichten" angebotenen 3-Zimmer-Wohnungen kostete unter 1000 DM Miete. Noch vor ein paar Jahren gehörte Fürth zu den Städten mit einigermaßen normalen Mieten. Das hat sich gründlich geändert. Das Ausmaß der Lage am Wohnungsmarkt wird schlaglichtartig deutlich: Es herrscht eine dramatische Wohnungsnot. Allein in Fürth suchen 3600 Familien eine Wohnung, die Mietpreise explodieren, bei Neuvermietungen sind 100 Prozent Aufschlag keine Seltenheit.



Alle Parteien haben im vergangenen Wahlkampf diese Wohnungsnot beklagt. Doch wer im Haushaltsplanentwurf der Stadt Fürth nach Neubaumaßnahmen sucht, sucht vergeblich. Wie schon seit Jahren, spielt auch 1991 der Wohnungsbau in den städtischen Investitionen keine Rolle. Gleiches gilt für die großen Wohnungsbaugesellschaften: Von Wohnungsneubau keine Spur!

Im Gegenteil: Noch immer hat die Stadt die Pläne, die Eschenau endgültig abzureißen, nicht aufgegeben. Hier sollen bekanntlich 52 billige Wohnungen abgerissen und 27 Eigenheime "gehobenen Bedarfs" gebaut werden. 26 Wohnungen werden so vernichtet, statt sie Wohnungssuchen-

den zur Verfügung zustellen. Und die gibt es wahrhaftig genug. Allein beim Sozialamt waren Mitte September 1272 Wohnungssuchende gemeldet, davon 508 akute Notfälle. Bei den großen Wohnungsbaugesellschaften gibt es ähnlich alarmierende Zahlen.

Die Ursache der Wohnungsnot und Mietpreisexplosion liegt daran, daß seit Jahren keine Mietwohnungen mehr gebaut werden. Sie kann auch nur durch den Neubau von Wohnungen durch die öffentliche Hand beseitigt werden. Seit Jahren fordert die DKP den Neubau von jährlich 200 Sozialwohnungen in Fürth. Diese Forderung ist aktueller denn je.

Siegfried Imholz

Die DKP fordert zur Beseitigung der Wohnungsnot:

Kein weiterer Abriss in der Eschenau

Erstbelegungsrecht der Stadt in Notfällen

Räumung der 1400 Wohnungen der US-Army und ihre Überführung in städtisches Eigentum

Mietstopp bei allen städtischen Wohnungen

Geht die Army übers Meer, werden in Fürth Wohnungen leer!

Mit einer Aktionswoche vom 20. bis 27.10. fordert die Fürther DKP Maßnahmen gegen die steigende Wohnungsnot. Für Fürth ist eine der wichtigsten, der Abzug der US-Army, die Räumung der 1400 Wohnungen und deren Überführung in städtisches Eigentum.

Nur das garantiert, daß mit diesen Wohnungen keine Spekulation betrieben wird und ihre Mieten erschwinglich bleiben.

Das Allerletzte

Mit einem sogenannten Wohnungsbauerleichterungsgesetz will die CDU/CSU die Wohnungsnot bekämpfen. Des Pudels Kern: Mit diesem Gesetz wird nicht etwa mehr Geld für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, sondern die Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen drastisch eingeschränkt. Die "Schwarzen" nutzen die Wohnungsnot um Rechte der Bürger außer Kraft zu setzen. Der Fürther Stadtrat nutzte die Gunst der Stunde und wandte dieses Gesetz sofort auf 5 Bebauungspläne an. Dort können die Planer jetzt behalten und walten, wie sie wollen.



Siegfried Imholz

Kreisvorsitzender
der DKP

Volksbefragung für eine neue Verfassung

"Die da oben machen doch eh nur, was sie wollen". Weil das im Wesentlichen stimmt, und nicht etwa weil die Sonne schien, sind 40 % aller Wähler bei diesen Landtagswahlen nicht an die Urne gegangen.

Noch in der Wahnacht, machte Minister Waigel (CSU) klar, was er vom Volk hält. "Wir lassen uns doch durch eine Volksabstimmung nicht aushebeln", meinte er auf die Frage, wer denn über eine neue Verfassung bestimmen solle. Es ist derselbe, der die Bürgerbewegungen in der ehemaligen DDR als Hort der Demokratie lobte und gemeinsam mit seinem Kanzler wieder abwürgte. Der Moor hatte seine Schuldigkeit getan.

Bei keiner der wirklich wichtigen Entscheidungen der vergangenen Jahre ist das Volk auch nur angehört worden. Bei der Wiedervereinigung nicht, bei der Stationierung der Atomraketen nicht und auch nicht vor dem Bau von Kernkraftwerken.

Nahezu alle Gewählten leiden nach dem Wahltag an fortschreitendem Gedächtnisschwund, an ihre Wahlversprechen werden sie nur ungern erinnert.

Kein Wunder also, daß die Wahlbeteiligung von Wahl zu Wahl sinkt. Ändern läßt sich das nur durch eine neue Verfassung, in der Volksbefragung und Volksentscheid festgeschrieben und die Rechte der Bürger ausgebaut werden.

Schulwege immer gefährlicher!

Stadt könnte Kosten zahlen

Um die Schülerbeförderung ist ein heftiger Streit entbrannt. Besorgte Eltern fordern die Übernahme der Kosten aufgrund der immer gefährlicheren Schulwege, die Stadt weigert sich, zu zahlen. Die Ursache des Streits ist die drastische Streichung der Schülerkarten seit 1984 und die Verfügung der CSU-Regierung, nach der die Rektoren der Schulen nicht mehr entscheiden dürfen ob ein Schulweg gefährlich ist oder nicht. Das macht jetzt die Bürokratie am grünen Tisch.

Mit Tricks versuchen sich die Verantwortlichen der Schulverwaltung aus der Affäre zu ziehen. So bescheinigen sie dort ungefährliche Schulwege, wo bisher kein Kind gelaufen ist.

Das Problem wäre allerdings zu lösen. Alljährlich zahlen die Stadtwerke an die VAG einen Verlustausgleich. Der abgeführte Gewinn an die Stadt fällt ent-

sprechend niedriger aus. Zahlt die Stadt nun die Schülerkarten, sind die Einnahmen der VAG höher, der erforderliche Verlustausgleich geringer und der an die Stadt zu zahlende Gewinn der Stadtwerke wieder höher. Kurz: Mehr kostenlose Schülerkarten würden die Stadt nichts kosten.

Alfred Breit

Bundeswehr an den Golf?

Der Überfall des Irak auf Kuwait ist eine völkerrechtswidrige Aggression. Daran gibt es keinen Zweifel.

Doch keine Sekunde tut es uns leid, wenn die reichen kuweitischen Ölscheichs vertrieben werden. Diese Stadthalter der Ölmultis verspielten an einem Abend Millionen beim Roulette und hielten abertausende Araber, Pakistani und Inder als rechtlose Arbeitssklaven. Aber das ist Sache des kuweitischen Volkes und nicht von Saddam Hussein.



Auch die USA schicken ihre Soldaten nicht zur Beseitigung dieses Unrechtes an den Golf. Für das Selbstbestimmungsrecht der Araber und Palästinenser rühren sie keinen Finger. Bush und seine Kumpane nutzen die Gunst der Stunde um die größten Erdölvorräte der Welt unter Kontrolle zu kriegen. Sie wollen sich am Golf militärisch festsetzen. Es geht ihnen um Profit und Weltherrschaft.

Es ist skandalös, daß sich Moskau an diesem Kriegsaufmarsch beteiligt. Wenn die militärische Kumpanei der Supermächte das "Neue Denken" aus Moskau sein soll, dann sagen wir dazu "Nein, danke."

Kaum vereinigt, spielt auch das deutsche Kapital wieder mit dem Feuer. Es will bei der Verteilung der Ölvorräte mitmischen, seinen Anteil sichern. Dafür und nicht aus Verantwortung für die Völkergemeinschaft wollen sie Bundeswehrsoldaten opfern. Dafür riskieren sie einen Krieg am Golf, dessen Waffen sie selbst mit lukrativen Geschäften an den Irak geliefert haben.

Einen Einsatz der Bundeswehr am Golf und in anderen Krisenregionen dürfen wir nicht zulassen. Die deutschen Multis haben schon genug Unheil in der Geschichte angerichtet. Bezahlt hat die Zeche immer das Volk.

Deshalb fordern wir:

- Rückzug der Supermächte aus der Golfregion
- Keine Bundeswehr an den Golf
- Keine Einverleibung der Ölvorräte durch die Multis und Großbanken.

400 Milliarden für die Einheit?

Wer saht ab - wer zahlt?

Keine Partei, keine Regierung sagt, was die deutsche Einheit kostet. Unüberschaubare Summen geistern herum. Mal sind 100, mal 400 Milliarden.

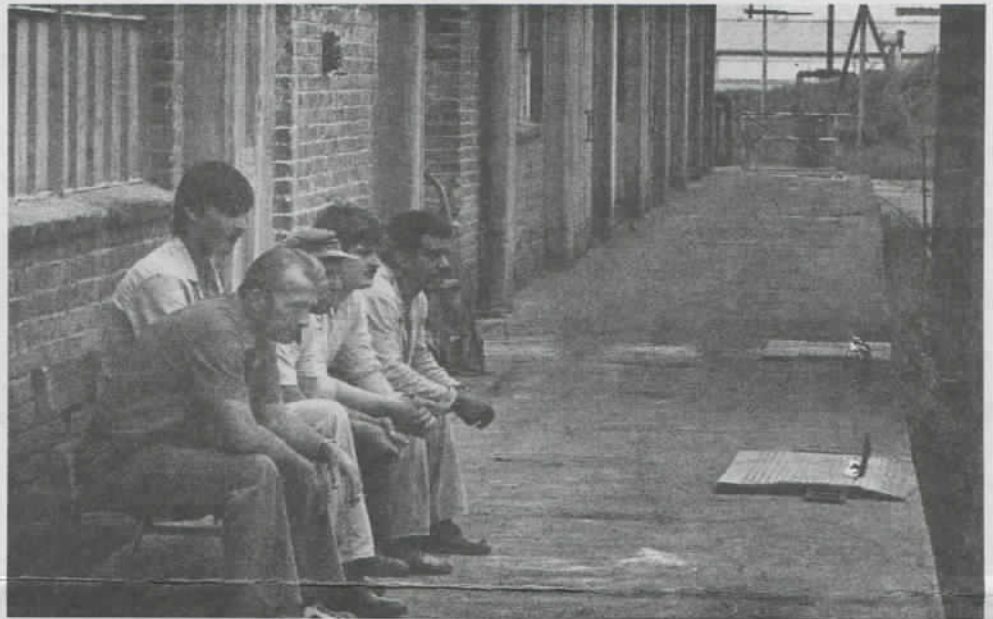
Wer das bezahlt ist klar: Die "kleinen Leute". Wer den Reibach macht, ist auch kein Geheimnis: die westdeutschen Konzerne.

Die Allianzversicherung hat sich die staatliche Versicherung der DDR unter den Nagel gerissen, die Deutsche Bank die ehemalige DDR-Staatsbank übernommen. Die Ruhrgas-AG hat die gesamte DDR-Gasversorgung übernommen - für ganze 350 Millionen, bei einem Wert von Milliarden. Selbst Betriebe mit Spitzenniveau werden kaputt gemacht oder für ein Butterbrot aufgekauft.

Dadurch wird in der ehemaligen DDR laut Herrn Franke jeder Dritte seine Arbeit verlieren. Auszubildende finden zu Zigttausenden zum ersten Mal keine Lehrstelle.

Mit einer 10 Milliarden-Spritze sollen die Wohnungen privatisiert und Mieterhöhungen wie im Westen möglich gemacht werden.

Das vorausgesagte 30 Milliarden-Loch in der Arbeitslosenversicherung, weitere in der Renten- und Krankenversicherung wer-



den wir Beitragszahler in Ost und West stopfen müssen. Drastische Steuererhöhungen nach dem 2. Dezember, dem letzten Wahltermin im Land, sind so sicher wie das Amen in der Kirche. Die Benzinpreise werden

für die Pendler bald unbezahlbar.

Das "großdeutsche Reich" macht die Reichen reicher. Wir werden geschöpft wie nie.

Elisabeth Imholz

Kinder auf der Verliererseite

"Die großen Verlierer der deutschen Einheit werden die Kinder der ehemaligen DDR sein", so befürchtet der Kinderbeauftragte im Bundestag, Wilhelm Schmidt. Kindergärten und Krippen schließen, weil die Betriebe, die sie finanziert haben, stillgelegt wurden, die Ganztagsbetreuung der Schulkinder wird abgeschafft. Als Folge der sozialen Spannungen durch ungewohnte Arbeitslosigkeit wird eine dramatische Zunahme der Gewalt gegen Kinder auch in Ostdeutschland befürchtet.

Abgezockt!

Der "Vater" des Einigungsvertrages und jetzige Bundesminister ohne Geschäftsbereich, der ehemalige DDR Staatssekretär Krause (CDU) hat vor der Vereinigung noch mal ordentlich abgezockt. Für lumpige 100 000 Mark erwarb er eine Villa in Berlin, deren Wert Experten auf mehrere Millionen schätzen. Diese Villa war ursprünglich als Heim für behinderte Jugendliche vorgesehen. Wie meinte doch Kanzler Kohl so treffend: "Niemanden wird es nach der Wiedervereinigung schlechter gehen". Jetzt wissen wir endlich, wen er damit gemeint hat.

Fürth zahlt 4 Millionen

Rund 4 Millionen Mark zahlt die Stadt Fürth in den nächsten vier Jahren für den "Fond Deutsche Einheit". Mit einer Erhöhung der Gewerbesteuerumlage bittet die Bundesregierung die ohnehin gebeutelten Städte und Gemeinden zur Kasse. 4 Kindergärten oder 12 Mietwohnungen kostet allein die Stadt die Einheit. Ein teurerer Spaß. Für die Ausdehnungspläne der Konzerne und die Rückkehr der ehemaligen mecklenburgischen Junker und Großgrundbesitzer bleiben dringend erforderliche Aufgaben 'vor Ort' auf der Strecke.

Herausgeber: DKP Kreisvorstand Fürth
V.i.S.d.P.: Siegfried Imholz, Maistr.11a, 8510 Fürth, Eigendruck

6 Millionen sind arm Der Marsch in die vereinigte Zwei- Drittel-Gesellschaft

Laut Kanzler Kohl sind sie eine Erfindung des "linken Jet-sets", in der Statistik sind sie versteckt, im Bundessozialministerium kennt man sie nicht: Die armen Leute in der Bundesrepublik. Aber in vielen Städten findet man, sieht man genauer hin, immer mehr Leute, die die "Erfindung Armut" täuschend echt nachspielen. Und es sind nicht nur die Nichtseßhaften, die an den Straßenecken um ein paar Groschen bitten.

Ulli Riendl, Verfasser des Jahresberichtes der "Solidarischen Hilfe" Fürth über die Armut in unserer Stadt: "Es sind bei weitem nicht nur die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die in Schulden versinken. Es sind Menschen, die Arbeit haben und an Geldproblemen scheitern. Früher waren es Einzelfälle, heute gibt es sie massenweise."

Das Problem liegt auch darin, daß seit 1984 die Pfändungsgrenzen gleich geblieben, die Preise jedoch drastisch gestiegen sind.

So kann ein Alleinstehender bereits bei einem Nettoverdienst von 750 DM pro Monat gepfändet werden. Einer Familie mit einem Kind und einem Nettoeinkommen von 2000 DM können 450 DM weggepfändet werden. Bleiben 1550 DM zum Leben. Das liegt weit unter der Sozialhilfe.

Das "Diakonische Werk" gibt die Zahl der Obdachlosen in unserem Land mit mindestens 600 000 an. Die "Caritas" hat in München hat in der Hauptstadt der Schickeria festgestellt, daß jeder zweite Einwohner verschuldet ist.

Und die "Solidarische Hilfe" kommt nach eingehenden Untersuchungen zu dem Ergebnis: "Jeder zehnte Fürther ist arm. Rund 10.000



Menschen unserer Stadt leben unter dem Existenzminimum oder am Rand der Gesellschaft."

In der gesamten Bundesrepublik (Teil West) sind es mindestens 6 Millionen.

Dr. Ulrich Schneider, Referent für Sozialpolitik beim "Paritätischen Wohlfahrtsverband" in Frankfurt kommt zu dem Schluß: "Es geht um Verteilungsprobleme. Wenn es zu viele Arme gibt, muß denen ja jemand was weggenommen haben. Wir dürfen nicht soviel über Armut reden. Wir müssen auch über Reichtum sprechen."

Von 1980 bis 1988 stiegen die Einkommen der Unternehmer um 72,7 %, die Zahl der Armen verdoppelte sich im gleichen Zeitraum.

Kräftig hingelangt! "Expertenkommission" stellt Verarmung bei Abgeordneten fest

612 DM mehr im Monat, ist in einer Zeit in der manche Menschen - nicht nur in der ehemaligen DDR - mit weniger auskommen müssen, kein Pappentiel.

Die Bundestagsabgeordneten haben sich diesen Betrag rückwirkend zum 1. Juli als Diätenerhöhung bewilligt.

Eine "Expertenkommission" war zu der Erkenntnis gelangt, daß ein gesamtdeutscher Parlamentarier mit 9 664 DM Direktbezügen und 5 443 DM Kostenpauschale nicht standesgemäß leben oder sterben kann.

Damit der jetzt gesamtdeutsche Abgeordnete gemildert: Wer mit 65 Jahren nach 4 Wahlperioden in Rente geht, nicht mit trockenem Brot und durchgewetztem Hosenboden erfüllen muß, bekommt eine Pension von 7000 DM im Monat.

Das mandatlose trübe Dasein der ehemaligen Volkskammerabgeordneten wurde auch versüßt: Sie bekommen drei Monate ihre Diäten in voller Höhe, wenn sie keinen neuen Job finden.

Und auch die "Altersarmut" bei Bundestagsabgeordneten haben die Diäten 70 Prozent der "Experten" jetzt endlich Diäten.

Norbert Galambos



Sprechstunden der DKP

Sie können uns zu folgenden Zeiten erreichen:

Mittwoch 16.00 - 18.00
Uhr
Freitag 15.00 - 17.00
Uhr

Unsere Adresse:
DKP Fürth, Theaterstr. 29

Telefon 77 56 16